

Deutschland muss umgehend aufhören, die Vernichtung von Palästinenser:innen zu unterstützen

Offener Brief an die deutsche Bundesregierung

Mit Grauen beobachten wir den sich abzeichnenden Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung durch Israel. Wir sind zutiefst erschüttert. Es schmerzt uns, und wir sind wütend angesichts dieser eklatanten Missachtung von Menschenleben – eine Missachtung, von der die deutsche Bundesregierung erwartet, dass wir sie als normal und notwendig hinnehmen. Seit über einem Jahr trägt diese Bundesregierung aktiv zur Tötung und Entmenschlichung von Palästinenser:innen bei, indem sie Israel politisch, finanziell, militärisch und rechtlich unterstützt. Deutschlands Mittäterschaft an israelischen Völkerrechtsverbrechen muss umgehend beendet werden.

Wir, die Unterzeichner:innen, fordern von der deutschen Bundesregierung, sich konsequent auf die Seite der Gerechtigkeit und des internationalen Rechts zu stellen und in einer Weise Druck auf Israel auszuüben, die das Töten, Verstümmeln und Vernichten palästinensischen Lebens sofort unterbindet. Angesichts der Tatsache, dass staatliche Institutionen, politische Parteien und Politiker:innen in Deutschland die Verbrechen der israelischen Armee größtenteils unterstützen, verlangen wir eine umfassende Neuausrichtung der Haltung und des politischen Handelns der deutschen Bundesregierung.

Israels Völkerrechtsverbrechen, darunter Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sind von den Vereinten Nationen (UN) und führenden Menschenrechtsorganisationen umfassend dokumentiert. Wie der Internationale Gerichtshof (IGH) festgestellt hat, besteht ein reales und unmittelbares Risiko, dass Israels Vorgehen in Gaza einem Genozid gleichkommt.^[1] Die offizielle Zahl der Todesopfer liegt bei 42.718, wobei viele weitere noch unter den Trümmern begraben sind. Zahlreiche weitere Menschen werden aufgrund von Krankheiten sterben, deren Ausbreitung vermeidbar wäre.^[2] Zehntausende wurden verletzt, und viele haben bleibende Behinderungen davongetragen, darunter Tausende Kinder, die ein oder mehrere Gliedmaßen verloren haben.^[3] Israel lässt die Bevölkerung in Gaza hungern. Ganze Stadtviertel wurden dem Erdboden gleichgemacht und die gesamte lebenswichtige Infrastruktur zerstört, einschließlich der Nahrungsmittelproduktion, des Gesundheitswesens und des Bildungssystems.^[4] Die israelische Armee hat den Großteil der Bevölkerung Gazas vertrieben. Es gibt keine sicheren Orte, an denen sie Zuflucht suchen können, weil die israelische Armee regelmäßig so genannte Sicherheitszonen bombardiert.^[5] Seit Anfang Oktober 2024 hat Israel den Norden Gazas in einen vollständigen Belagerungszustand versetzt und macht auf diese Weise menschliches Leben dort unmöglich mit dem offensichtlichen Ziel, die palästinensische Bevölkerung dauerhaft zu vertreiben.^[6] In der Westbank haben israelische Siedler:innen ihre Angriffe verstärkt, oft unter dem Schutz der israelischen Armee, und dabei palästinensisches Land und Eigentum zerstört. Israelische Soldat:innen, und in einigen Fällen Siedler:innen, haben seit dem 7. Oktober 2023 mehr als

700 Palästinenser:innen getötet.[7] Die israelische Armee führt außerdem regelmäßig groß angelegte Militäroffensiven durch, bei denen sie Häuser einreißt und lebenswichtige Gesundheitseinrichtungen, Straßeninfrastruktur, Stromnetze und die Wasserversorgung zerstört.[8] Der vor kurzem erfolgte israelische Einmarsch in den Libanon folgt einer ähnlichen Logik und birgt die Gefahr einer Ausweitung des anhaltenden regionalen Krieges.

Israels Völkerrechtsverbrechen müssen umgehend durch internationalen Druck und Sanktionen beendet werden. Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und unverzüglich Schritte zu unternehmen, um den vorläufigen Maßnahmen Folge zu leisten, die der IGH im Fall Südafrika vs. Israel im [Januar](#), [März](#) und [Mai](#) dieses Jahres angeordnet hat. Deutschland muss das Gutachten des IGH respektieren, das die israelische Besatzung palästinensischer Gebiete im Juli für rechtswidrig erklärt hat. Außerdem appellieren wir an die Bundesregierung, den Empfehlungen der Resolution der UN-Vollversammlung zum IGH-Gutachten zu entsprechen. Insbesondere forderten [UN-Expert:innen](#) die Mitgliedsstaaten dazu auf, alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel zu überprüfen, ein vollständiges Waffenembargo zu verhängen und diejenigen wirtschaftlichen Beziehungen, Handelsabkommen und akademischen Beziehungen zu Israel abzubrechen oder auszusetzen, die zu Israels unrechtmäßiger Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen könnten.[9]

Als Vertragsstaat der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Völkermord und des Römischen Statuts ist Deutschland historisch, ethisch, rechtlich und politisch verpflichtet, die in diesen Verträgen geächteten Völkerrechtsverbrechen weder zu begehen noch zu unterstützen oder zu befördern. Wir fordern Deutschland daher auf, seine Mittäterschaft an den von Israel in Palästina begangenen Völkerrechtsverbrechen sofort und wirksam zu beenden!

27. Oktober 2024

Verweise:

[1] Angesichts der vorliegenden Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit [forderte](#) der Ankläger des IStGH die Ausstellung von Haftbefehlen gegen Premierminister Benjamin Netanjahu und Verteidigungsminister Yoav Gallant. In der Frage des Völkermords sind Wissenschaftler:innen, die sich mit Holocaust und Völkermord befassen, sowie Völkerrechtler:innen – Beispiele hierfür sind das Lemkin-Institut für Genozidprävention und menschliche Sicherheit ([Erklärung](#)), der Bericht [Anatomy of a Genocide](#) der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese und das Universitätsnetzwerk für Menschenrechte ([Bericht](#)) – zu dem Schluss gekommen, dass der derzeitige Angriff auf Palästina einem Völkermord gleichkommt. Forensic Architecture veröffentlichte im Oktober 2024 [A Cartography of Genocide](#), worin belegt wird, dass Israels Vorgehen in Gaza „organisiert und systematisch“ ist und darauf abzielt, Lebensbedingungen und lebenserhaltende

Infrastruktur zu zerstören“. In verschiedenen Stellungnahmen wurde frühzeitig vor der Gefahr eines Völkermords gewarnt, wie etwa in der [Stellungnahme](#) von über 55 Holocaust- und Genozidforscher:innen zu „Mass Violence in Israel and Palestine“ vom 9. Dezember 2023. Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat unterdessen noch keine endgültige rechtliche Entscheidung getroffen. Im Januar 2024 entschied der IGH nach einem [Antrag Südafrikas](#) beim IGH, dass vorläufige Maßnahmen notwendig seien, um einen *plausiblen Völkermord* in Gaza zu verhindern. Wie der IGH in der Rechtssache [Bosnien und Herzegowina vs. Serbien und Montenegro](#) feststellte, „entstehen die Verpflichtung eines Staates zur Verhütung und die entsprechende Pflicht zum Handeln in dem Augenblick, in dem der Staat von der Existenz einer ernsthaften Gefahr, dass ein Völkermord begangen wird, erfährt oder normalerweise hätte erfahren müssen.“ Weitere Belege für eine [genozidale Absicht](#) wurden im Mai 2024 von Südafrika vorgelegt. Im April 2024 erklärten [600 Beamt:innen](#) aus verschiedenen deutschen Ministerien in einem offenen Brief: „Israel begeht in Gaza Verbrechen, die in klarem Widerspruch zum Völkerrecht und damit zur deutschen Verfassung stehen, an die wir als Bundesbeamte und Angestellte im öffentlichen Dienst gebunden sind.“

[2] Quelle: [OCHA impact snapshot](#) (Oktober 2024). Die tatsächliche Zahl der Todesopfer wird auf mindestens 186.000 geschätzt ([Lancet](#)); siehe auch den [offenen Brief](#) von amerikanischen Mediziner:innen, die in Gaza gearbeitet haben, und die [UNICEF-Pressemitteilung](#) vom 5. Januar 2024.

[3] Schätzungen der [WHO](#) von Mitte September 2024 zufolge erlitten über 22.500 Menschen lebensbeeinträchtigende Verletzungen, darunter schwere Verletzungen der Gliedmaßen, Amputationen, Rückenmarkstraumata, traumatische Hirnverletzungen und schwere Verbrennungen.

[4] Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs sieht glaubwürdige Beweise dafür, dass Premierminister Netanjahu und Verteidigungsminister Gallant [Hunger als Kriegswaffe](#) einsetzen. [Expert:innen](#), die [UNO](#) und [verschiedene humanitäre Organisationen](#) (darunter [USAID](#)) haben vor einem Massensterben durch Verhungern gewarnt und Israels Eingriffe in Hilfsmaßnahmen dokumentiert, darunter die Tötung von Rettungskräften und die Bombardierung von Krankenwagen und Krankenhäusern. Kürzlich fand eine UN-Kommission [Beweise für](#) Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei israelischen Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen in Gaza. Im April 2024 äußerten [UN-Expert:innen](#) Bedenken hinsichtlich eines „Scholastizids“ im Gazastreifen. Der Einsatz von [2.000-Pfund-Bomben](#) und [KI](#) zur Bestimmung von „Zielen“ hat zu dem hohen Grad an Zerstörung beigetragen. Satellitenbildern zufolge wurden bis September 2024 etwa 66 % der gesamten Gebäude ([UNOSAT](#)) und 68 % der Ackerflächen ([FAO](#)) beschädigt. [Kulturerbe und Kulturstätten](#) wurden ebenso zerstört wie die [gerichtliche Infrastruktur](#).

[5] [Erklärung](#) von Leiter:innen humanitärer Organisationen zur Einrichtung von „Sicherheitszonen“ (Mitte November 2023). Es gab zahlreiche Angriffe auf Schulen und andere Notunterkünfte in der „Sicherheitszone“, die Mitte August 2024 weniger als 13 % von Gaza umfasste ([OCHA](#)).

[6] Mitte September 2024 erschienen [erste Berichte](#) über Israels „Operation Aushungern und Ausrotten“. Mitte Oktober 2024 gaben 38 humanitäre Organisationen eine [gemeinsame Erklärung](#) ab, in der sie davor warnten, dass „der Norden des Gazastreifens ausgelöscht wird“

und dass „die Staats- und Regierungschefs der Welt jetzt handeln müssen, um Israels Völkerrechtsverbrechen zu beenden“.

[7] Quelle: Humanitarian Situation Update #230 ([OCHA](#)); OCHA-Bewertung von Gewalt, Zerstörung und Vertreibung (12. September 2024). Siehe auch diese [Kartierung und detaillierte Analyse von 1.400 Angriffen von Siedler:innen](#) in der Westbank seit dem 7. Oktober 2023.

[8] Siehe verschiedene Humanitarian Situation Updates zur Westbank (OCHA); Ärzte ohne Grenzen (MSF) berichtet über [groß angelegte militärische Einsätze](#) israelischer Streitkräfte in der Westbank Ende August 2024.

[9] Siehe auch dieses [Positionspapier](#) einer unabhängigen UN-Kommission mit einer rechtlichen Analyse und Empfehlungen.